

# Freiheit, Gleichheit, Solidarität

## Das bedingungslose Grundeinkommen als Aufbruch in ein neues Grünes Sozialstaatsparadigma

Ein Diskussions- und Thesenpapier zur Debatte  
um das Grundeinkommen/die Grundsicherung

Autor: **Robert Zion** (Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, Bundesdelegierter und Sprecher für  
Wirtschaft, Soziales, Demokratie und Innerparteiliches, Bündnis 90/Die Grünen, KV Gelsenkirchen)

### I

**(These)** Zunächst eine vielleicht provokant erscheinende These: Unser Sozialstaat ist nicht mehr zu halten. Dafür gibt es kulturelle, politische, ökonomische Gründe. Und da die ökonomischen Gründe alle anderen bedingen, wird dieses Diskussions- und Thesenpapier die Möglichkeit, ja Notwendigkeit eines völlig neuen Sozialstaatsparadigmas vorwiegend ökonomisch ableiten. Es ist gerade ein Grundfehler der aktuellen Diskussion, dass die Forderung nach neuen Konzepten der sozialen Sicherheit vorwiegend normativ („moralisch“) abgeleitet werden und die Aspekte der Ökonomie, wenn überhaupt, dann nur als mögliche Auswirkungen etwaiger Veränderungen dargestellt werden. Tatsächlich aber verändert sich unsere Ökonomie, unbeachtet des Hinterhinkens der Politik, seit einiger Zeit rasant in ihren Grundfesten: in der Marktsteuerung, im Produktionsregime, in der Organisation und Definition der Arbeit. Darum gilt es zunächst, die Diskussion vom Kopf auf die Füße zu stellen und zuerst die ökonomischen Bedingungen zu verstehen, auf deren Basis eine wirklich nachhaltige und finanzierbare soziale Absicherung erst möglich ist. Ich verwende für das, worauf wir kulturell, politisch, ökonomisch in den gegenwärtigen Transformationen zusteuern den Arbeitsbegriff „Wissensgesellschaft“, durchaus im Wissen darüber, dass sich die Konturen dieser kommenden Gesellschaftsform noch längst nicht in allen Bereichen deutlich abzeichnen.

### II

**(Marktsteuerung)** Bereits 1995 wechselten Wertpapiere im Wert von 1,5 Billionen Dollar alltäglich den Besitzer. Im selben Jahr erreichte der Terminhandel mit Derivaten die Höhe von 41 Billionen Dollar, davon dienten lediglich nur noch geschätzte zwei bis drei Prozent der Absicherung von Industrie und Handel. Heute wird im „Zeitraum“ eines Wimperschlages in den Finanzmärkten der gesamte realwirtschaftliche Bestand der Welt verkauft und gekauft, ununterbrochen, Tag und Nacht. Dieses System ist für sich betrachtet ein reines Informationssystem, das dennoch heute alle anderen ökonomischen Prozesse und Märkte (Arbeitsmärkte, Gütermärkte) – und folglich die darauf bezogenen politischen „Entscheidungen“ – aussteuert. Für den sensiblen Moment in der herkömmlichen Form der Marktsteuerung aufeinander bezogener Finanz-, Güter-, und Arbeitsmärkte, die Investition, d.h. des Re-Inputs des vom Kapital oder vom Staat abgeschöpften Mehrwertes in den Wirtschaftskreislauf, bleibt diese Transformation nicht folgendlos. Selbstverständlich wird noch investiert, doch zunehmend weniger als Bedingung zukünftiger Absatz- und Ertragserwartungen, also als aussteuerndes Moment einer „economie of scales“. Die „Veranlassung zur Investition“, die bereits Keynes als

neuralgischen Punkt des Marktsystems überhaupt identifizierte, wird selbst zu einer Information unter vielen, die das Unternehmen und der Staat (es geht mittelbar auch immer um öffentliche Investitionen) in das Informationssystem der Finanzmärkte einspeist. Dort, in den kurzfristigen Prozessen der Finanzmärkte und nicht in den langfristigen der „Realwirtschaft“, fällt die Entscheidung über den Erfolg- oder Misserfolg der Investition, ohne dass sich deren Rentierlichkeit real überhaupt erst erweisen muss. Dieses Aussteuerungssystem verlangt beispielsweise der Deutschen Bank eine Plan-Kapitalrendite von 25% ab. Investitionen, Löhne und der Beschäftigungsstand, das „Alltagsgeschäft“ überhaupt, werden dabei zu reinen Anpassungsvariablen. Die Investition in den realen Wirtschaftskreislauf, heißt das, ist nicht mehr Steuerungsmittel, sie ist fortan nur noch ein Effekt der Wirtschaft. Der Wert der Investition ist nun eine Information, ein Wissen, eine Idee, deren Bewertung unmittelbar an den Finanzmärkten geschieht. Der Übergang zur „Wissensgesellschaft“ ist in den Finanzmärkten bereits vollständig abgeschlossen.

Das sozialstaatlich-keynesianische Arrangement bricht unter dieser Entwicklung zusammen, es wird nicht abgebaut, es bricht zusammen, da ihm seine Instrumente und Steuerungsmöglichkeiten abhanden kommen. Für den Sozialstaat herkömmlicher Prägung wird jeder Versuch des ohnehin immer spärlicheren „deficit spending“, der öffentlichen Investitionslenkung, der sozialstaatlichen und steuerlichen Regulierung zu einem blinden Schlag ins Wasser, dessen Auswirkungen auf die Finanzmärkte nicht mehr abgeschätzt werden können. Der Sozialstaat wird dadurch ziel- und konzeptionslos und tendiert dazu, die verlorenen Regulierungs- und Steuerungsmöglichkeiten in einem ständigen Reformierungsprozess mit einem Anpassungsdruck auf seine BürgerInnen zu kompensieren. Dadurch delegitimiert er sich jedoch zunehmend selbst. Am Ende bleibt ihm gegenüber seinen BürgerInnen eine wenig erfreuliche Alternative: Er wird gegenüber diesen autoritär oder er zieht sich von ihnen zurück. Ob dann mit dem Bade des Sozialstaates das Kind der Demokratie mit ausgeschüttet werden soll – noch ist es ein Kind –, muss gerade für die Grünen die entscheidende Frage in der notwendigen Entwicklung eines neuen Sozialstaatsparadigmas sein, da die schlechte Alternative, entweder etatistisch-kontrollierend oder marktgläubig-deregulierend, für die emanzipatorisch ausgerichtete Partei im Grunde keine sein darf.

### III

**(Produktionsregime)** Die zweite wesentliche Transformation der Ökonomie in der „Wissensgesellschaft“ betrifft die Sphäre der (gesamtgesellschaftlichen) Produktion. In der Tat ist heute die gesamte Gesellschaft in Produktion gesetzt. Nicht mehr der Betrieb ist das Zentrum der Produktion, sondern das ineinander verwobene (vernetzte) produktive Arrangement des Wissens, dessen Anteil an der Wertschöpfung bereits heute 70% beträgt, tritt an dessen Stelle. Werden heute etwa zunehmend Forderungen nach „lebenslangem Lernen“ laut, heißt dies nichts anderes, als lebenslang und ununterbrochen produktiv sein, sich als Betrieb oder einzelnes Wirtschaftssubjekt vernetzen und seinen Wissensinput in den Kommunikationszusammenhang einspeisen zu müssen. An die Stelle der fordistischen tritt die lernende und vernetzte Fabrik, an die Stelle der handelbaren Ware Arbeitskraft der Gesamtmensch als gesellschaftliches Subjekt. Der Mehrwert wird heute als Kommunikationsüberschuss gesellschaftlicher (Wissens)Arbeit abgeschöpft.

Fällt die Fabrik als Zentrum der Produktion weg, bedeutet dies auch, dass die gesellschaftlichen Institutionen, die in ihrer Aneignung von Arbeits- und Lebenszeitmodellen noch vollständig auf das Modell der Fabrik ausgerichtet waren – die Familie, die Schule, das Gefängnis, die Kaserne – in eine Krise geraten. Als übergeordnete Institution dieser Institutionen gerät folglich auch der (Sozial)Staat in eine Legitimationskrise. Die oben genannten Institutionen geraten vor allem deshalb in eine Krise, weil sie ihre Funktion als Kontroll- und Erziehungseinrichtungen verlieren, da ihnen nicht mehr im herkömmlichen Sinne gedient werden kann, sondern sie selbst zu Dienstleistern, zu einem Knotenpunkt im gesamtgesellschaftlichen Produktionszusammenhang werden. Nicht nur diese zentralen Institutionen, nahezu alle werden von dieser Entwicklung erfasst, die öffentliche Sicherheit, das Arbeitsamt usw. Ist die gesamte Gesellschaft in Produktion gesetzt, gibt es tendenziell keinen Ort und keine Zeit der Nicht-Produktion (von Wissen) mehr. Dabei bewahrheitet sich immer mehr die Unhaltbarkeit der Produktionsfaktorentheorie (Arbeit sei – neben Kapital und Boden – nur ein Produktionsfaktor), die nur noch als Rechtfertigungsideologie von Politik und Wirtschaft(swissenschaften) aufrecht erhalten wird. Ein wirkliches Verständnis der gegenwärtigen Transformation zur „Wissensgesellschaft“, das entscheidend für den Entwurf eines neuen Sozialstaatsparadigmas ist, lässt sich darum auch heute nicht mehr dadurch erreichen, indem der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang in herkömmlicher Weise in Begriffen der Zirkulation (Waren- und Geldzirkulation, Investition und Konsumtion) beschrieben wird. Vielmehr muss dieser in Begriffen der (Re)Produktion durch Arbeit als einzigem neuwertschaffenden Faktor verstanden werden. Dazu bedarf es allerdings zunächst eines genauen Blicks auf den sich grundlegend verändernden Charakter der Arbeit in der „Wissensgesellschaft“.

#### IV

**(Arbeit)** Ist die gesamte Gesellschaft erst einmal in (Wissens)Produktion gesetzt, verliert die Arbeit ihre klassische Funktion der Kommodifizierung und Dekommodifizierung, bzw. der gesellschaftliche Ein- und Ausschlusscharakter von Normarbeit verändert sich, da sich die Transformation zur „Wissensgesellschaft“, während sie in den Finanzmärkten abgeschlossen und im Produktionsregime bereits weit fortgeschritten ist, in der Arbeitswelt erst allmählich abzeichnet. Tendenziell und bereits heute hegemonial ist Arbeit gesellschaftliche Arbeit, die ArbeiterIn gesellschaftliche ArbeiterIn, die in von den Finanzmärkten angesteuerten Prozessen die Gesellschaft – die verwirtschaftete Gesellschaft oder die vergesellschaftete Wirtschaft – mit (re)produziert. Dabei verliert die Arbeit ihren klassischen Charakter als vom Subjekt abgetrennte und handelbare Ware Arbeitskraft und wird zur Arbeit an und mit sich selbst. Der Input der Arbeit heute in der „Wissensgesellschaft“ ist die Subjektivität, der ganze Mensch als ArbeitskraftunternehmerIn, als „EigentümerIn“ ihrer selbst. Der Begriff und der Zustand der „Arbeitslosigkeit“ im klassischen Sinne verliert daher zunehmend seine Bedeutung. Selbst Begriffe wie „Beschäftigungslosigkeit“ oder „Erwerbslosigkeit“ erfassen nicht mehr die neuen sozialen Problematiken in den gegenwärtigen Veränderungen. Ein neues Sozialstaatsparadigma, das auf die Transformation der Arbeit eine soziale Antwort geben muss, sollte hingegen von den Voraussetzungen ausgehen, dass Arbeit nicht von der Lohn- und Erwerbsarbeit abzukoppeln ist, sondern *sich* entkoppelt, dass

Flexibilität nicht zu erzeugen ist, sondern *sich* erzeugt, dass die Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft nicht herbeizuführen ist, sondern *sich* herbeiführt.

Die gegenwärtigen Antworten des Sozialstaates auf die Transformation der Arbeitswelt sind verheerend, da sie noch am Modell Normerwerbsarbeit festhalten und mit diesem dessen Mechanismen der Dekommodifizierung weitertragen, quasi künstlich am Leben erhalten. Statt die Einkommenslosigkeit gesellschaftlicher Arbeit zu bekämpfen, bekämpft er ein Phantom der „Arbeitslosigkeit“, verstanden als „Erwerbs“- und „Beschäftigungslosigkeit“. Statt die gesellschaftliche Arbeit als Arbeit an und mit sich selbst, als subjektivierte gesellschaftliche Arbeit zu fördern, fördert er entsubjektivierte und abhängige „Beschäftigungen“. Statt neue Formen der Integration zu entwickeln, etwa einen gemeinwohlorientierten Arbeitssektor, fördert er die Desintegration der Menschen, indem er sie am Gängelband hält und ihrer subjektiven Entscheidungs- und Produktionsfähigkeit und damit ihrer einzigen Zugangschance zur „Wissensgesellschaft“ beraubt. Statt in der Herausbildung neuer Wissens- und Arbeitsformen freie ProduzentInnen in einem emanzipatorischen Prozess zu fördern, fordert er eine forcierte Vermittlung von „Bildung“ für einen „ersten Arbeitsmarkt“, dessen Anforderungen an Bildung – die statische Vermittlung ökonomisch-technisch verwertbaren Wissens – längst obsolet ist. Ein Sozialstaat in dieser Form demontiert selbst seine Grundlage, seine eigene Reproduktionsfähigkeit. Er produziert vielmehr sein eigenes Klientel, dessen Subjektivität und Freiheit in Ansprüchen falscher Versprechungen des Förderns und sich zunehmend repressiver gebärenden Verwaltungsakten des Forderns verdampft.

Am Ende bleibt nicht viel mehr als das funktionale Chaos einer sozialstaatlichen Menschenverwaltung und die Bestätigung eines Menschenbildes, über das sich Altlinke und Neoliberale einig sind: Freiheit für die Kleinen geht halt nicht, erst, wenn die Revolution oder der Markt vollendet sind, können diese – vielleicht – auf eine solche hoffen. Gegenwärtig entsteht so eine völlig neuartige Form der Dekommodifizierung, der Abkoppelung des Sozialen von der Arbeit. Bedeutete Dekommodifizierung im herkömmlichen Sinne noch, bestimmten Formen der Arbeit den Charakter der Ware zu nehmen und so soziale Abhängigkeiten zu erzeugen (etwa der „Frauenarbeit“ in der „Vollbeschäftigungsgesellschaft“ der frühen sechziger Jahre), so zeichnet sich heute eine für die Gesellschaft weit folgenreichere Form der Dekommodifizierung, die ich vorerst mit dem Arbeitsbegriff der „Entkommodifizierung“ bezeichnen will, ab: Subjektivität und damit Zugang zu gesellschaftlicher Arbeit wird zu einer (sozial)staatlich verwalteten Zuordnungseinheit.

## V

**(Soziale Sicherheit I)** Soziale Sicherheit, die sozioökonomische Subsistenz des Menschen wird (noch) an Bedingungen geknüpft, an die „Bereitschaft“ zur Aufnahme jeglicher „nicht sittenwidriger Arbeit“ (Hartz IV), oder allgemein, der „Gesellschaft etwas zurückzugeben“ (so Brigitte Pothmer u.a. im Evaluierungsbericht einer Grünen Arbeitsgruppe zu Hartz IV). Es gilt nicht etwa, sich (selbst) und seinen Platz in der (Wirtschafts)Gesellschaft zu suchen und zu finden, sondern vielmehr ihn zugewiesen zu bekommen, bei ständiger Androhung der „Entkommodifizierung“, des Entzugs der freien Verfügung über die eigene Subjektivität und damit des Zugangs zu gesellschaftlicher Arbeit. Die nicht entlohnte, gleichwohl (re)produktive Teilnahme

von „Arbeitslosen“ etwa am politischen Willensbildungsprozess in Parteien oder in Stadtteilprojekten wird nicht als Arbeit akzeptiert und erscheint dem Betroffenen so fast schon als sitten-, weil erwerbsarbeitswidrig. Im Hintergrund dieser neuen Formen der Desintegration steht tatsächlich das, was Ulrich Beck die „Verwandlung der Außenursachen in Eigenschuld“ genannt hat, die vermittlungslose Weitergabe des in den gegenwärtigen Umbrüchen entstehenden Rechtfertigungsdrucks auf die Erwerbseinkommenslosen. Eine neues Sozialstaatsparadigma muss, gerade wenn es ein Grünes und emanzipatorisches sein will, diesen Rechtfertigungsdruck zunächst vollständig von den Betroffenen nehmen, es hat von diesen nichts zu fordern sondern nur zu fördern. Dabei ist in der gegenwärtigen Grünen Diskussion um die (vermeintliche) Alternative einer bedarfsorientierten Grundsicherung oder eines bedingungslosen Grundeinkommens die Sichtweise auf die „Bedingung“ der sozialen Subsistenz der Menschen alles entscheidend.

Die Praxis der gegenwärtigen Technokratie des Sozialstaates in Politik und Verwaltung gleicht zu großen Teilen einem (ordnungspolizeilichen) Ermittlungsverfahren. Ermittelt werden dabei weniger die Bedingungen sozialer Sicherheit als vielmehr Motive, Anreize und Indizien bei den Menschen, die auf eine Aufnahme von Lohnerwerbsarbeit hinweisen könnten. Die grassierenden Umschreibungen von Hartz IV als „Ausschnüffelei“ oder als „offener Strafvollzug“ sind daher so abwegig nicht. Der Erwerbseinkommenslose wird tendenziell als Subjekt stillgelegt, unter Generalverdacht gestellt und als Normarbeitskraft im Wartestand, als Bedürftiger auf Bewährung definiert. Und dies bei Androhung des Entzugs der Bürgerrechte, deren ökonomischer Zirkulationswert auch verfassungsrechtlich abgesichert zur Zeit bei € 345,- + Mietkosten liegt. Dies ist die weniger freundliche Variante der Legitimation durch Verfahren in der gegenwärtigen Sozialstaatspraxis. Die „freundlichere“, zunehmend auch von Grünen SozialpolitikerInnen bevorzugte Variante, definiert die Erwerbseinkommenslosigkeit als eine Art persönliche Behinderung, als defizitäre Verfasstheit des Einzelnen, die es sozial(staats)pädagogisch zu behandeln gilt, in „Integrationsfirmen“ etwa oder in persönlicher Betreuung durch Fallmanager. Doch letztlich sind es auch in dieser Variante allein die € 345,- + Mietkosten, die den Übergang von „arbeitsmarktpolitische“ Krankheit zur Gesundheit definieren. Doch in den „Integrationsfirmen“ und vor den „Fallmanagern“ bewegt sich und sitzt heute nicht mehr nur eine potentielle „Arbeitskraft“, sondern der ganze Mensch samt seiner Subjektivität, das „nackte Leben“ (Giorgio Agamben), samt seiner Hoffnungen, Wünsche, Potentiale und Ängste. Darum ist unsere gegenwärtige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Kern Lebensverwaltung geworden, Existenz- und Menschenverwaltung, oder „Biopolitik“, wie Michel Foucault bereits zu Beginn der gegenwärtigen Umbrüche in den siebziger Jahren voraussah. Wie so oft, ist es zuerst der ästhetische Zugang, die Wahrnehmung dessen, was dieser Sozialstaat aus den Menschen (auch optisch längst wahrnehmbar) macht, der zunächst vielleicht irrational erscheinen mag, der aber auch Widerstand und dann die Anstrengung eines neuen Verstehens hervorbringen kann.

## VI

**(Paradigmenwechsel)** Ein Paradigma, so auch das gegenwärtig nach wie vor vorherrschende Paradigma der Lohnerwerbsarbeit in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, beruht in der Regel auf unausgesprochenen, intuitiven

Einstellungen der Wissenschaftler gegenüber den Gegenständen ihrer Forschung. Die Problemdefinitionen und –Lösungen erfolgen dann strikt auf der Basis dieses Paradigmas als Abarbeitung empirischer Forschung. Treten jedoch schwere Krisen wie die gegenwärtige auf, die innerhalb des geltenden Paradigmas nicht mehr gelöst werden können, tendiert die Wissenschaft dazu, dogmatisch am alten Paradigma festzuhalten und es zu ideologisieren (Paul Feyerabend). Übergangsphänomene, die auf einen Paradigmenwechsel hindeuten, erscheinen dann als überwiegend irrationaler Vorgang, der den Charakter eines Glaubenskampfes annimmt (Thomas S. Kuhn). Die Wissenschaftstheorie kennt dieses Phänomen längst (so lassen sich die Übergangsphänomene, die mit den Namen Kopernikus, Galilei, Darwin und Newton verbunden sind, sämtlich in diesen Begriffen von Paradigmenwechsel und Glaubenskampf beschreiben), doch leider noch nicht die meisten Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler der Gegenwart. Schwerwiegend werden solcherlei Paradigmenwechsel immer dann, wenn, wie im Fall der Sozial- und Wirtschaftswissenschaft, der Mensch der Gegenstand der Forschung und die Politik auf deren Ergebnisse angewiesen ist. Klammert sich die Wissenschaft dann an das Althergebrachte, wird mit dieser auch die Politik ideologisch und totalitär. Dabei sollte jedoch darauf hingewiesen werden, dass der Übergang in eines neues Paradigma immer nur im Moment des Übergangs als irrationaler Glaubenskampf erscheint. Im Nachhinein, aus der Sicht des dann neu gültigen und intuitiv akzeptierten Paradigmas, gibt es dann nichts Logischeres als den vollzogenen Paradigmenwechsel. Der Mensch glaubte nicht immer, dass die Erde um die Sonne kreist und er selbst vom Affen abstammt. Und so wird der Mensch auch nicht immer glauben, dass nur die Lohnerwerbsarbeit in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen allein die persönliche und gesellschaftliche Reproduktion garantiert.

## VII

**(Soziale Sicherheit II)** Während der Mainstream in der gegenwärtigen Diskussion um die Zukunft des Sozialstaates noch weitestgehend am alten Paradigma festhält und die allgegenwärtige Konzeptions- und Mutlosigkeit mit eher rhetorischen Beifügungen von Adjektiven wie „vorsorgend“, „aktivierend“ oder „ermutigend“ kaschiert, erscheinen erste Konzepte eines neues Sozialstaatsparadigmas tatsächlich als (noch) irrationale Forderungen, die dann auch nicht selten von Befürwortern wie Götz Werner mit einem geradezu historischen Pathos vorgetragen werden. Doch geht es weder um eine Revolution, noch um eine Art gigantisches Gesellschaftsexperiment. Es geht schlicht um eine Evaluierung der Bedingungen der Möglichkeit der sozialen Sicherheit in den gegenwärtigen Transformationsprozessen der Wirtschaftsgesellschaft und um die erste Einsicht, *dass die bedingungslose Garantie der sozioökonomischen Subsistenz des Subjekts der erste Bedarf ist, der erfüllt sein muss*, um in Zukunft überhaupt noch die ökonomischen Grundlagen sozialer Sicherheit (re)produzieren zu können. Die Ökonomie verlangt die Reproduktion freier Produzenten, den subjektiven Arbeitsinput des Individuums. Das Individuum seinerseits verlangt Sicherheit und die Demokratie verlangt eine Garantie der Bürgerrechte. Tatsächlich geht es um *Freiheit, Gleichheit, Solidarität*. Darum gibt es derzeit weder eine ökonomische noch eine humane oder demokratische Alternative zum bedingungslosen Grundeinkommen, gestritten werden kann und sollte allerdings auch über den Weg, der dorthin zu beschreiten ist.

Leider zeichnet sich zur Zeit bei den Grünen eine Entwicklung ab, in der die Diskussion um die bedarfsorientierte Grundsicherung und das bedingungslose Grundeinkommen als (vermeintliche) Alternativdiskussion geführt wird. Sicherlich ist diese Tendenz der Situation mitgeschuldet, dass die Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen in der Hauptsache aus der weitestgehend in den (Re)Produktionsprozess gesellschaftlicher Arbeit eingebetteten Basis erhoben wird, während die Partei- und Fraktionsspitzen, die sich noch im Kontext der Reproduktion des alten Sozialstaatsparadigmas bewegen, die bedarfsorientierte Grundsicherung dagegen stellen. (Noch) Verhindert wird dadurch die Entwicklung eines Stufenmodells, das uns Grünen wieder eine sozialpolitische Zielvorstellung zurückgeben und uns einen neuen emanzipatorischen und schrittweise zu beschreitenden Weg vorgeben könnte: von der bedarfsorientierten Grundsicherung – zum bedarfsorientierten Grundeinkommen – zum bedingungslosen Grundeinkommen. Wie in der Ökologie, wie in der In-Beziehung-Setzung des Menschen zu seinen natürlichen Lebensgrundlagen, ginge es dann für die Grünen auch in der Sozialpolitik um eine eigenständige Wiederaufnahme des Projektes der Aufklärung.

Gelsenkirchen, Februar 2007

(Kontakt: Robert Zion, Beckeradstr. 3, 45897 Gelsenkirchen, Tel: 0209-3187462, [zion@robert-zion.de](mailto:zion@robert-zion.de), [www.gruenes-bge.de](http://www.gruenes-bge.de))